

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Görke, Ralph Lenkert, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 20/4762 –

### **PCK Schwedt Raffinerie retten und transformieren – Deindustrialisierung Ostdeutschlands verhindern**

#### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, u. a. die Ausnahmeregelung für Öllieferungen über Pipelines zu nutzen, die Überführung der PCK Raffinerie GmbH von staatlicher Treuhanderschaft in staatliches Eigentum vorzubereiten und umzusetzen sowie eine Versorgungsstrategie für Ostdeutschland mit Mineralölprodukten auszuarbeiten.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/4762 abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2023

**Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Jens Koeppen**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Jens Koeppen

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4762** wurde in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 2022 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. schickt voraus, die PCK Raffinerie Schwedt sei zur Kraftstoffproduktion auf russisches Erdöl angewiesen, da die Anlage auf die bisher bezogene Sorte sibirischen Öls kalibriert sei. Mit der Belieferung über die Pipeline von Rostock nach Schwedt sei die PCK momentan nur zu 50 Prozent ausgelastet. Polen sei nicht bereit, über den Hafen Danzig Öl nach Schwedt zu liefern, solange die PCK trotz Treuhandverwaltung noch im Eigentum von Rosneft stehe. Bisher gebe es auch keine offizielle Einigung über Öllieferungen aus Kasachstan nach Schwedt. Es brauche daher einen Plan für den Betrieb der Raffinerien PCK und Leuna, der entweder die Verfügbarkeit von wirtschaftlich tragbaren, alternativen und technisch passenden Öllieferungen in ausreichender Kapazität bis zum Raffineriestandort beinhalte oder eine Neubewertung der Importstrategie bei russischem Öl. Andernfalls drohe in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine beispiellose Unterversorgung mit ölbasierten Kraftstoffen.

Aus den genannten Gründen fordert die Fraktion die Bundesregierung u. a. auf, die im Europäischen Rat beschlossene Ausnahmeregelung für Öllieferungen über Pipelines zu nutzen, bis eine Alternativbelieferung der PCK Schwedt ohne Produktionseinbußen sichergestellt sei, die Möglichkeiten zur Überführung der PCK Raffinerie GmbH von staatlicher Treuhandschaft in staatliches Eigentum vorzubereiten und umzusetzen, sich dafür einzusetzen, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der PCK in diesem Prozess die Weiterbeschäftigung garantiert werde, sich analog zum Strukturstärkungsgesetz Kohleregion für einen Umbau der Industrieregion hin zu Nachhaltigkeit für die Zukunft und den Klimaschutz, wie zum Beispiel alternativen emissionsfreien Kraftstoffen, einzusetzen, für den Fall eines Ölembargos beziehungsweise der Einstellung der Belieferung der PCK Schwedt mit russischem Erdöl dafür Sorge zu tragen, dass es in der Folge zu keiner Schlechterstellung der Region Ostdeutschlands bei Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl und weiteren Ölprodukten im Vergleich zum Westen Deutschlands komme sowie umgehend eine Versorgungsstrategie für Ostdeutschland mit Mineralölprodukten auszuarbeiten, die garantiere, dass es keinen erneuten Wettbewerbsnachteil ostdeutscher Unternehmen und keine Schlechterstellung ostdeutscher Haushalte durch eine Unterversorgung gebe, und die regionale Preissteigerungen verhindere.

### III. Öffentliches Fachgespräch

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie führte am 1. März 2023 im Rahmen der Selbstbefassung ein öffentliches Fachgespräch zur aktuellen Versorgungssicherheit und zum Transformationsprozess am Standort der Raffinerie Schwedt durch, das in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/4762 stand. Zu dem Fachgespräch in der 51. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie haben einige Sachverständige schriftliche Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

- Dr. Johannes Bremer, CEO, Geschäftsführer, Rosneft Deutschland GmbH
- Karina Dörk, Landrätin, Kreisverwaltung Uckermark
- Rolf Erler, Bezirksleiter Berlin-Brandenburg, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
- Hanno Kempermann, Geschäftsführer, IW Consult GmbH

- Prof. Dr. Christian Küchen, Hauptgeschäftsführer, Wirtschaftsverband Fuels und Energie e. V.
- Prof. Dr. Mario Ragwitz, Leiter des Fraunhofer IEG, Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG
- Claus Sauter, CEO und Unternehmensgründer, VERBIO Vereinigte BioEnergie AG

Die schriftlichen Stellungnahmen sowie das Protokoll sind auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss**

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/4762 in seiner 58. Sitzung am 29. März 2023 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4762 zu empfehlen.

Berlin, den 29. März 2023

**Jens Koeppen**  
Berichtersteller